

Ressort: Politik

Dutzende Millionen Euro Mehrkosten beim Unterhaltsvorschuss

Berlin, 22.12.2017, 13:02 Uhr

GDN - Beim staatlichen Unterhaltsvorschuss entstehen im zu Ende gehenden Jahr deutliche Mehrausgaben. Das Bundesfinanzministerium hat daher zusätzliche Mittel von bis zu 75 Millionen Euro freigegeben.

Das geht aus einem Brief von Finanzstaatssekretär Jens Spahn an Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (beide CDU) hervor, über die die Zeitungen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland" (Samstagsausgaben) berichten. "Der zusätzliche Bedarf resultiert aus dem Ausbau des Unterhaltsvorschussgesetzes", heißt es in dem Schreiben. Alleinerziehende, die keinen oder nicht regelmäßig Unterhalt von dem anderen Elternteil erhalten, können den staatlichen Unterhaltsvorschuss von bis zu 268 Euro monatlich beantragen. Seit dem 1. Juli wird er auch für Kinder zwischen zwölf und 18 Jahren gezahlt. Zudem wurde die Begrenzung der Bezugsdauer auf sechs Jahre abgeschafft. Nach Medienberichten war die Zahl der Fälle, in denen der Vorschuss gezahlt wird, als Folge der Reform zuletzt von rund 400.000 auf etwa 700.000 gestiegen. Für 2018 erwartet der Bund beim Unterhaltsvorschuss Ausgaben von 518 Millionen Euro.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-99647/dutzende-millionen-euro-mehrkosten-beim-unterhaltsvorschuss.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com